DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Landesverband Sachsen

www.dstg-sachsen.de 12.08.2012

DSTG beim Finanzminister – Details zum Gespräch

NUR FÜR MITGLIEDER

*Behandeln Sie bitte diese Informationen stets **vertraulich**.*
So bewahren Sie sich und allen anderen den Vorteil einer Mitgliedschaft!

Am 18.07.2012 fand das ursprünglich für den 29.06.2012 geplante Gespräch zwischen **Finanzminister Prof. Dr. Unland** und der **Landesleitung der DSTG Sachsen** statt.

Neben dem Minister waren die Abteilungsleiterin für zentrale Angelegenheiten und Besoldungsrecht, Frau Ferkau-Permesang, und der Referatsleiter 36, Herr Lüers, zugegen. Die DSTG Sachsen vertraten der Landesvorsitzende Reinhold Mähne sowie seine Stellvertreter Veronika Wildt und Cornelius Dietze.



Von links: **Cornelius Dietze** (DSTG, stv. Landesvorsitzender), **Sibylle Ferkau-Permesang** (SMF, Abteilungsleiterin I), **Heinrich-Ewald Lüers** (SMF, Referatsleiter 36), **Prof. Dr. Georg Unland** (Staatsminister der Finanzen), **Reinhold Mähne** (DSTG, Landesvorsitzender), **Veronika Wildt** (DSTG, stv. Landesvorsitzende)

Zentraler Punkt der Diskussion war die **Personalsituation** in der Steuerverwaltung und die damit verbundene **Arbeitsbelastung**, besonders vor dem Hintergrund des durch die Staatsregierung geplanten Stellenabbaus bis 2020.

Aus Sicht des Ministers führt an einem Stellenabbau kein Weg vorbei; dabei spiele es für ihn auch keine Rolle, dass es sich bei der Steuerverwaltung um eine Einnahmeverwaltung handelt.
Die Landesleitung gab daraufhin den Hinweis, dass es dann in den Finanzämtern nicht mehr nur Grüne Wochen, sondern Grüne Monate geben wird! Die aktuellen Abweichungsquoten und Abweichungsbeträge sprechen – vergleicht man sie mit denen aus 2009 – eine mehr als deutliche Sprache: Es sind mindestens 18.000.000 Euro pro Jahr, auf die der Freistaat verzichtet, d. h. die nicht zur Gestaltung der Politik, für Investitionen zu Verfügung stehen! Mindestens, folgt man den Argumenten der Rechnungshöfe!

Da eine weitere Diskussion nicht erfolgversprechend zu sein schien und im Landtag weitergeführt werden sollte, wurde der Schwerpunkt im weiteren Gespräch auf die **Einstellung und Übernahme der Anwärter** gelegt.

Zunächst konnte positiv festgestellt werden, dass die Forderung der DSTG Sachsen nach regelmäßiger Ausbildung erfüllt werden soll. Auch in den kommenden Jahren sind kontinuierliche Ausbildungszahlen geplant.

Ausgehend von der Übernahmepraxis in den letzten Jahren und den Kosten der Ausbildung (z. B. im gehobenen Dienst mindestens 90.000 Euro) sowie den Erfahrungen mit den befristeten Arbeitsverhältnissen in den letzten Jahren, schlug die DSTG Sachsen vor, grundsätzlich jeden Anwärter, der die Laufbahnprüfung erfolgreich bestanden hat, zu übernehmen. Wobei weiterhin das Prüfungsergebnis die Form der Übernahme bestimmen soll. So sollten die Anwärter als Beamter auf Probe bzw., bei schlechterem Ergebnis, grundsätzlich für 12 Monate befristet übernommen werden. Dies würde den Finanzämtern bei der Erfüllung ihrer Aufgaben helfen und der Verwaltung ein flexibleres Mittel der Personalplanung in die Hand geben.

Das „Risiko" der Verlängerung der Befristung von 4 auf 12 Monate hält sich nach Meinung der DSTG Sachsen im überschaubaren Rahmen. Zumal wenn man bedenkt, dass die derzeitige Ist-Besetzung im mittleren Dienst im Vergleich zur Personalbedarfsberechnung bei 90 % liegt. Positiv: Der Vorschlag der DSTG Sachsen fand seitens des Ministers positive Resonanz, ein entsprechender – wohlwollender – Prüfauftrag soll erteilt werden.

Im engen Zusammenhang mit der Übernahme steht die Gewinnung von Anwärtern, ein Thema, dem sich die freie Wirtschaft schon sehr intensiv zuwendet.

Unser Vorschlag lautete, unter Verweis auf die praktizierte Herangehensweise in anderen Bundesländern (z.B. Bayern, NRW, Rheinland-Pfalz und Hamburg), für interessierte Schüler **Praktika in den Finanzämtern** anzubieten. Damit sollte nach Meinung der DSTG Sachsen dem quantitativen, aber auch qualitativen Rückgang der Bewerber begegnet werden und zugleich etwas für das Image der Steuerverwaltung getan werden. Dem zu erwartenden Argument „§ 30 AO“ traten wir mit dem Hinweis auf die Erfahrungen in den genannten Bundesländern entgegen. Dass zudem auch **direkt in Schulen** geeignete Werbemaßnahmen sinnvoll sind, dessen waren sich beide Seiten bewusst.

Unsere Meinung hierbei ist aber auch, dass alle Werbeaktivitäten, zumal es zusätzliche Aufgaben sind, nicht ohne zusätzliches Personal geschehen dürfen; zumindest muss es beim Stellenabbau – wie auch immer – Berücksichtigung finden. Nachwuchsgewinnung braucht eben Investitionen. Denn zusätzliche Aufgaben ohne Ausgleich bekommen unsere Kolleginnen und Kollegen mehr als genügend. …und die Krankenstatistik spricht diesbezüglich eine deutliche Sprache!

Zum Abschluss des Gespräches lud die Landesleitung den Minister noch einmal persönlich zur Öffentlichen Veranstaltung am 20.09.2012 beim **VI. Gewerkschaftstag** der DSTG Sachsen in Dresden ein. Zum Bedauern des Ministers konnte er diese Einladung nicht annehmen, da er zu diesem Zeitpunkt zu einer Beratung in Österreich weilen wird. Die Einladung soll nun durch den Staatssekretär übernommen werden.

Nach diesem einstündigen Gespräch musste der Minister zu seinem nächsten Termin und die Landesleitung besprach die noch offen geblieben Themen (z. B. Stand bei der Fusion der Finanzämter, AmtsBp, Wegstreckenentschädigung) gemeinsam mit der Abteilungsleiterin I und dem Referatsleiter 36. Dabei forderte die DSTG Sachsen u. a. die Schaffung von **Kantinen** in den zu fusionierenden Ämtern sowie die Prüfung der rückwirkenden Inkraftsetzung der erhöhten **Wegstreckenentschädigung**.

*Behandeln Sie bitte diese Informationen stets **vertraulich**.*
So bewahren Sie sich und allen anderen den Vorteil einer Mitgliedschaft!